

GRÜNE-Gemeinderatsfraktion

Vorlage Nr.: **2022/0300**

Verantwortlich: **Dez. 1**

Dienststelle: **PIA**

Stand der Umsetzung des Antrags „Demokratie stärken – Live-Übertragung von Gemeinderatssitzungen im Internet“

| Gremium | Termin | TOP | ö | nö |
|-------------|------------|-----|---|----|
| Gemeinderat | 26.04.2022 | 33 | X | |

1. Welchen Stand hat die Umsetzung der im Hauptausschuss am 14.07.2020 zugesagten zeitversetzten Übertragung der Gemeinderatssitzungen der Stadt Karlsruhe per Video-Stream ins Internet? Wann ist mit der entsprechenden Vorlage zu rechnen?

Die Umsetzung der Live-Übertragung von Gemeinderatssitzungen im Internet wurde bis jetzt nicht weiter erarbeitet, da es aus der Mitte des Gemeinderates wiederholt Hinweise darauf gab, dass eine Einwilligung aller Ratsmitglieder nicht zu realisieren sei. Diese ist aufgrund der aktuellen rechtlichen Rahmenbedingungen jedoch erforderlich.

2. Sind der Stadtverwaltung seither Änderungen der bestehenden Rechtslage bekannt, die eine solche Übertragung begünstigen oder erschweren würden?

Nein, der Stadtverwaltung sind keine Änderungen der bestehenden Rechtslage zur virtuellen Sitzungsteilnahme von Bürgerinnen und Bürgern bekannt. Die Stadtverwaltung setzt sich über den Städtetag Baden-Württemberg für eine gesetzliche Regelung in Baden-Württemberg - etwa nach rheinland-pfälzischem Vorbild - ein.

3. Welche zusätzlichen personellen und technischen Ressourcen wären konkret notwendig, um ein solches Angebot zu realisieren?

Die technische Ausstattung des großen Sitzungsaals ist fast vollständig auf ein Streaming vorbereitet. Es müsste noch ein Broadcast Matrix-Mischer (Kosten ca. 1000 €) angeschafft werden. Auch eine bessere Beleuchtung am Rednerpult wäre angeraten (Kosten geschätzt pro Leuchte mit Stativ oder Befestigung ca. 800 - 1000 €).

An geschätztem Arbeitsaufwand entstehen etwa 10 Stunden für die Durchführung des Streaming und bei weiterer Verwendung im Nachgang nochmal etwa 5 Stunden für die nachträgliche Aufbereitung des Materials.

4. Welche Erkenntnisse liegen der Verwaltung seitens der Gemeinderatsfraktionen über das Einverständnis der einzelnen Stadträt*innen zu einer solchen Übertragung bereits vor?

Siehe Frage 1.